

## Pressemitteilung vom 28. Juni 2006

### Notwendige Verbesserungen beim Bayerischen Kinderbildungs- und betreuungsgesetz (BayKiBiG) gefordert

Das Kinderbildungs- und betreuungsgesetz (BayKiBiG) bedeutet für alle Kommunen in Bayern eine große Verantwortung gegenüber Kindern und deren Familien. Familienministerin Stewens nennt in ihrer Bilanzierung von Ergebnissen – ein Jahr nach dem Gesetzesbeschluss – nur die Erfolge. Die Schattenseiten der Auswirkungen kommen nicht ans Licht. Kommunen lehnen die Anerkennung der Gastkinderregelung ab, Möglichkeiten für Bildung und Betreuung der Kinder werden reduziert und zahlreichen Einrichtungen für die Integration behinderter Kinder drohen unkalkulierbare Finanzierungsrisiken.

Es muss verwundern, woher Familienministerin Christa Stewens ihre große Begeisterung – ein Jahr nach dem Gesetzesbeschluss des Kinderbildungs- und betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – bezieht, wenn sie sagt: „Das BayKiBiG hat die Initialzündung für einen umfassenden Um- und Ausbau der Kindertageseinrichtungen gegeben.“ Warnungen und eindeutige Änderungsvorschläge seitens vieler Experten, die im Gesetz nicht berücksichtigt wurden, bewahrheiten sich und zeigen deutlich negative Auswirkungen. Mit der wesentlichen Stärkung der Kommunen bei den Bedarfsplanungen und angesichts weit verbreiteter leerer Gemeindegassen greift an vielen Orten die große Verlockung, Ausgaben bei der Betreuung von Kindern zu kürzen.

Pfarrer Paul Zellfelder, 1. Vorsitzender des Bayerischen Landesverbandes Evangelischer Tageseinrichtungen bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Es gibt zahlreiche Beispiele von verzweifelten Eltern, die keine Anerkennung ihres Bedarfs nach Kinderbetreuung mit der neuen Gastkinderregelung erhalten. Die Möglichkeiten kindgerechter Bildung, Erziehung und Betreuung

müssen in vielen Einrichtungen aus finanziellen Gründen reduziert werden. Damit sinkt die Qualität von Bildung."

Besonders dramatisch zeichnet sich die Lage bei der Integration von Kindern mit Behinderung ab. Wie in Zukunft die Finanzierung und Unterstützung durch Kommunen oder die jeweiligen Bezirke aussieht, ist unklar. Mit statistischen Tricks werden seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen die Umfrageergebnisse geschönt und verzerrt. Zellfelder macht die Position des Verbandes deutlich: „Beispiele aus der Praxis zeigen erhebliche Defizite und negative Auswirkungen bei der Auslegung und Umsetzung des Gesetzes. Nun muss mutig und verantwortungsvoll die wahre Bilanz aus den Ergebnissen gezogen und notwendige Korrekturen umgesetzt werden.“

**Kontakt:**

Roland Denzler  
Referent für Kommunikation

Bayerischer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen  
und Tagespflege für Kinder e.V.  
Vestnertorgraben 1  
90408 Nürnberg  
Telefon: (0911) 36 779 - 41  
Telefax: (0911) 36 779 - 39  
e-Mail: denzler@elvkita.de